

# Die Entwicklung familialer Armut im Kontext sozialstrukturellen Wandels, 1962 bis 2009\*

## 1. EINLEITUNG

Seit den 1970er Jahren hat sich die Ungleichheit der Einkommensverteilung in der (alten) Bundesrepublik deutlich erhöht. Damit verbunden ist seither auch ein nahezu kontinuierlicher Anstieg der Armut, wobei der Anteil der von relativer Einkommensarmut Betroffenen mit aktuell rund 14 Prozent den höchsten Stand seit über vierzig Jahren erreicht (BMAS 2013; Becker/Hauser 2003). Familien, obwohl laut Grundgesetz „unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“ stehend, bilden dabei seit einiger Zeit eine der wichtigsten Armutsrisikogruppen (Kohler et al. 2012; Buhr/Huinink 2011). Während die überdurchschnittliche Armutsbetroffenheit von Familien und hierunter insbesondere diejenige von Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien vielfach quantifiziert worden ist, trifft dies weit weniger für deren zeitliche Entwicklung zu. Die Kenntnis des langfristigen Wandels familialer Armut ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für eine Analyse möglicher Determinanten, die in diesem Zusammenhang auch noch aussteht. In unserem Beitrag gehen wir daher zunächst der Frage nach, wie sich die Armutsbetroffenheit von Familien in den letzten fünfzig Jahren verändert hat. Genauer werden wir untersuchen: Hat es einen Anstieg familialer Armut in der alten Bundesrepublik gegeben? Inwieweit kann diese Entwicklung im Kontext sozialstrukturellen Wandels interpretiert und eingeordnet werden? Da wir am langfristigen Wandel familialer Einkommensarmut interessiert sind, werden wir uns in unseren Beschreibungen ausschließlich auf die alten Länder der Bundesrepublik beziehen.

Zunächst werden familiendemografische Wandlungsprozesse (2) und zentrale sozialpolitische Entwicklungen (3) dargestellt, um dann die (4) Entwicklung familialer Einkommensarmut vor deren Hintergrund zu betrachten und abschließend (5) zusammenfassend zu diskutieren.

## 2. ZUNEHMENDE PLURALISIERUNG INNERHALB DES FAMILIENSEKTORS

Familien, also Eltern-Kind-Gemeinschaften, unterlagen in jüngster Zeit zwei Phasen des Strukturwandels, die in enger Verflechtung mit dem Wandel der ökonomischen Situation von Familien zu betrachten sind. Zunächst ist dies die historisch einmalig weite Verbreitung einer Familienform, der modernen, isolierten ‚Normalfamilie‘. Von Mitte der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre lebt nahezu die gesamte Bevölkerung in dieser privaten Lebensform, die sich in der alten Bundesrepublik in erster Linie durch einen vollzeiterwerbstätigen männlichen Ernährer sowie eine nichterwerbstätige, finanziell abhängige und für die Kindererziehung zuständige Ehefrau kennzeichnet. Die Sozialpolitik der Bundesrepublik richtete ihre Institutionen entsprechend dieses privaten Lebensmusters aus. Der zweite bedeutsame Veränderungsprozess stellt die in den frühen 1970er Jahren einsetzende (Wieder-)Ausdifferenzierung der Lebensformen dar. Verbesserte ökonomische Rahmenbedingungen und soziokulturelle Veränderungen haben die Freiräume für die individuelle Lebens- und Familienplanung seit den ausgehenden 1960er Jahren vergrößert. Der damit einhergehende familiendemografische Wandel umfasst einen Geburtenrückgang, eine Ausdifferenzierung der Paarbeziehung in Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften (NEL) und einen Anstieg der Ehescheidungen, infolgedessen die Anzahl Alleinerziehender stark angestiegen ist. Bedeutsam für die zeitliche Entwicklung der familialen Wohlstandsposition ist dabei weniger das nach wie vor umstrittene Ausmaß an gewachsener Vielfalt, sondern die gestiegene distributive Vielfalt im Sinne einer veränderten Verteilung der Bevölkerung auf verschiedene Familienformen: Während es einen Rückgang an Personen gibt, die in der politisch geförderten ‚Normalfamilie‘ (Ehepaar mit Kindern) leben, verteilen sich im Zeitverlauf immer mehr Personen auf Eineltern- und nichteheliche Familien. Auf Haushaltsebene manifestieren

\* Der Beitrag entstand im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Forschungsprojektes „Ursachen und Wandel familialer Armut in Deutschland, 1962 bis 2009. Eine theoretische und empirische Analyse“ (WO 739/11-1).

#### **Mara Boehle**

ist seit 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Projekt „Ursachen und Wandel familialer Armut in Deutschland, 1962-2009“ im German Microdata Lab der GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim und promoviert zum gleichnamigen Thema an der Universität Rostock. Sie studierte Soziologie an den Universitäten Frankfurt am Main und Heidelberg. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen soziale Ungleichheit, Familie, sozialen Wandel und quantitative Analysemethoden des sozialen Wandels.

[mara.boehle@gesis.org](mailto:mara.boehle@gesis.org)



#### **Prof. Dr. Wolfgang Voges**

ist emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Bremen und forscht im Zentrum für Sozialpolitik in der Abteilung „Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung“. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen soziale Ungleichheit und Morbidität/Mortalität sowie soziale Teilhabe, Gerechtigkeit und Ausgrenzung.

[wvoges@zes.uni-bremen.de](mailto:wvoges@zes.uni-bremen.de)



sich die demografischen Veränderungen seit den 1970er Jahren in einer kontinuierlichen Zunahme an Haushalten ohne Kinder und einer kontinuierlichen Abnahme des Anteils von Haushalten mit Kindern.

### **3. REAKTIONEN DER SOZIALPOLITIK**

Die ‚Entstandardisierung‘ des Lebensverlaufs und der familiendemografische Wandel bringen schließlich veränderte Anforderungen an die Sozialpolitik mit sich. In den Mittelpunkt sozialpolitischen Handelns rückt daher die Frage, wie der Sozialstaat bei einer zunehmenden Vielfalt von Familienformen noch gestaltend auf die Lebenslage einwirken kann. Zum Teil haben sozialpolitische Setzungen dem familialen Wandel durchaus Rechnung getragen. Das im Jahr 1969 verabschiedete „Nichtehelichengesetz“ sollte etwa Ungleichheiten zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern beseitigen und schreibt auch einen Unterhaltsanspruch für Familien mit nichtehelichen Kindern fest. Zudem finden sich mittlerweile besondere Leistungen für Alleinerziehende, wie etwa der im Jahr 2004 eingeführte Entlastungsbetrag. Von den Ansätzen der historisch und international vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung wissen wir jedoch, dass in erster Linie solche Institutionen einen positiven Einfluss auf die ökonomische Situation von Familien ausüben, die die Erwerbsbeteiligung von Müttern fördern und einen Teil der familialen Betreuungsverpflichtung durch soziale Dienstleistungen in die Gesellschaft verlagern (z.B. Leitner 2003). Zwar lässt sich seit einigen Jahren eine zunehmende Ausrichtung der (west-)deutschen Familienpolitik auf die Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen feststellen,<sup>1</sup> allerdings sind die Versorgungsquoten im Krippenbereich seit den 1970er Jahren fast unverändert niedrig geblieben und liegen auch aktuell noch unter fünf Prozent. Infolge der für Familien, vor allem für Alleinerziehende schwierigen Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit weisen kinderlose Haushalte hierzulande oft höhere Erwerbsintensitäten und Einkommen auf als Familienhaushalte. Die Leistungen des Familienleistungsausgleichs sollen solche ökonomischen Benachteiligungen abmildern. Die wichtigsten Komponenten, das Kindergeld und die steuerlichen Kinderfreibeträge, sind seit den 1970er Jahren immer wieder ausgeweitet und erhöht worden. Allerdings verweisen Berechnungen von Becker

<sup>1</sup> Durch die Einführung von Elternzeit (im Jahr 2000) und Elterngeld (im Jahr 2007) und einen Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung sind wesentliche Schritte in diese Richtung unternommen worden.

und Hauser (2003) darauf, dass von den Kindergelderhöhungen in den Jahren 1959, 1964, 1975, 1992, 1997, 2000 und 2002 einzig die Anhebung von 1997 die Preisentwicklung aufgefangen und zu einer merklichen Realwerterhöhung geführt hat. Insgesamt werden die Kindergelderhöhungen sowie die Erhöhungen der steuerlichen Kinderfreibeträge zur Verhinderung familialer Armut als bescheiden angesehen (Becker/Hauser 2012). Ein ebenfalls zentrales Instrument innerhalb des (west-)deutschen Steuer- und Transfersystems ist das Ehegattensplitting. Dieses ist jedoch im Vergleich zu der Betreuungsinfrastruktur und den monetären Familienhilfen im Zeitverlauf nicht verändert oder auf NEL ausgeweitet worden.

#### 4. DIE ENTWICKLUNG RELATIVER EINKOMMENSARMUT VON FAMILIEN

Vor diesem Hintergrund wird nun auf Basis von Mikrozensusdaten<sup>2</sup> die Entwicklung familialer Armut für den Zeitraum der letzten fünfzig Jahre untersucht. Für die Erfassung familialer Armut wird dabei das Konzept der relativen Einkommensarmut zugrunde gelegt, das Armut indirekt über die Ressource Einkommen erfasst.<sup>3</sup> Als Familie zählen alle Personen, die in einem gemeinsamen Haushalt mit ihren minderjährigen Kindern leben, genauer: verheiratete und unverheiratete Paare sowie Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren. Zunächst zeigt sich, dass Personen in allen Familienhaushalten überdurchschnittlich von Einkommensarmut betroffen sind (Abb. 1). Während Armut in einem ‚Normalfamilien‘-Haushalt jedoch ein eher weniger verbreitetes Ereignis darstellt, haben NEL mit Kindern und Alleinerziehende ein weit höheres Armutsrisiko. Der Abstand der Armutshäufigkeit von Alleinerziehenden von der Ar-

mutsbetroffenheit aller anderen Familientypen erhöht sich sogar seit Beginn der 1970er Jahre stark, während er seit Ende der 1990er Jahre wieder abnimmt. Dennoch bleibt über den gesamten Zeitraum von fünfzig Jahren eine stark überproportionale Armutsbetroffenheit der Alleinerziehenden bestehen. So beträgt die Armutsquote von Alleinerziehenden im aktuellsten betrachteten Jahr 2009 25 Prozent, die der NEL mit Kindern 13 Prozent und die der Ehepaare mit Kindern 9 Prozent. Die Differenz zur Armutsquote der Gesamtbevölkerung (im Jahr 2009 rund 8 Prozent) beträgt bei Ehepaaren mit Kindern demnach nur rund einen Prozentpunkt, bei NEL fünf Prozentpunkte und bei den Alleinerziehenden 17 Prozentpunkte.

Der wirtschaftliche Aufschwung der 1960er Jahre schlägt sich zunächst in einem deutlichen Rückgang der Einkommensarmut (von Familien) nieder. Lediglich bei den Alleinerziehenden lässt sich im Jahr 1965 ein kurzweiliger Anstieg feststellen. Beginnend mit der Ölkrise 1973, die ihrerseits ausgeprägte Rezessionen in den Jahren 1974/75 und 1981/82 einleitet, erhöht sich vor allem die Einkommensarmut der Alleinerziehenden bis Ende der 1980er Jahre massiv. Der Armutsanstieg von Ehepaaren mit Kindern fällt im Vergleich dazu sehr gering aus.

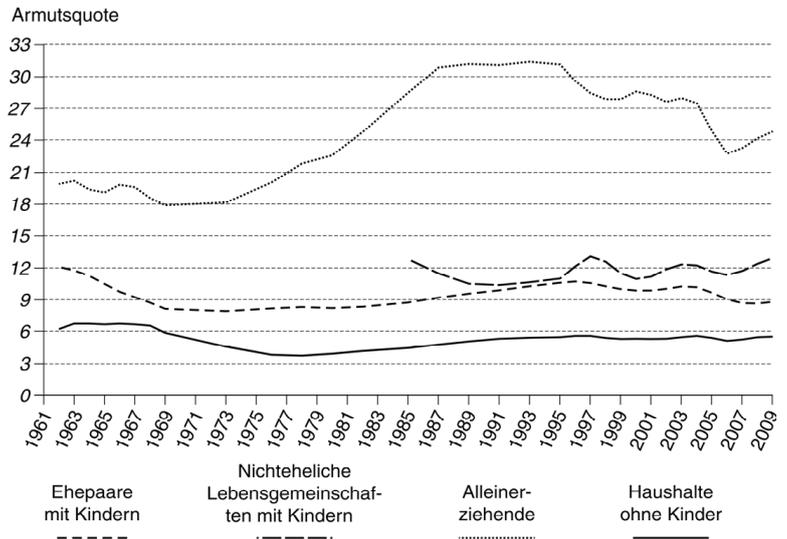
Nach der Wiedervereinigung kommt es 1992/1993 zu einer weiteren Rezession, im Zuge derer sich die familialen Armutsrisiken jedoch nur leicht erhöhen. Seit Ende der 1990er Jahre sinkt das Armutsrisiko der Ehepaare mit Kindern geringfügig und mit einigen Schwankungen auch deutlich das der Alleinerziehenden. Dieses lässt sich unter Umständen auf die genannte Kindergelderhöhung im Jahr 1997 zurückführen. Nach dem Jahr 2004, das eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs einleitet, lässt sich schließlich ein deutliches Absinken der Armutsrisiken der Personen in allen Haushaltstypen feststellen. Das besonders steile Absinken des Armutsrisikos von Alleinerziehenden lässt sich zusätzlich auf den in diesem Jahr eingeführten Entlastungsbetrag für diese Familienform zurückführen. Der Trend dieses Rückgangs kehrt sich jedoch seit 2006 wieder in einen kontinuierlichen Anstieg der Armut um, der häufig auf die sozialpolitischen Kürzungen im Rahmen der 2005 eingeführten Hartz-Gesetze zurückgeführt wird (z.B. Heyne 2012). Wie unseren Berechnungen zu entnehmen ist, ist die Armut von Alleinerziehenden und NEL seither stärker angestiegen als die Armut des Bevölkerungsdurchschnitts insgesamt. Da Armutsquoten lediglich den Blick auf das Ausmaß der Armut lenken, ungeachtet von deren Tiefe, betrachten wir nun zusätzlich die Entwicklung der Armutslücken. Diese Kennziffer verdeutlicht, wie viel Einkommen (gemessen in Prozent der Armutsgrenze) den armen Familien mindestens

<sup>2</sup> Die Analysen basieren zum Teil auf bereits kumulierten Daten des GESIS-Mikrozensus-Trendfiles (Lengerer et al. 2012), zum Teil aus eigenen Erweiterungen dieser Daten. Da die Haushaltseinkommen im Mikrozensus klassiert vorliegen und nicht ohne weiteres für Armutsanalysen herangezogen werden können, wurden in Anlehnung an Gerhardt et al. (2009) sowie Stauder und Hüning (2004) für die Erhebungsjahre 1962 bis 1969, 1973, 1976, 1978, 1980, 1982, 1985, 1987, 1989, 1991, 1993 und 1995 bis 2009 haushaltsspezifische Armutswahrscheinlichkeiten berechnet. Die Armutsberechnung sowie die Bildung der Haushaltstypen erfolgten auf Basis der Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz.

<sup>3</sup> Armutsbetroffenheit gemessen als Anteil an Personen, deren Netto-Äquivalenzeinkommen weniger als 50 Prozent des Medians beträgt (in Preisen von 2005), nach 1990 Armutsgrenze getrennt für Ost- und Westdeutschland, ältere OECD-Skala.

Abbildung 1:

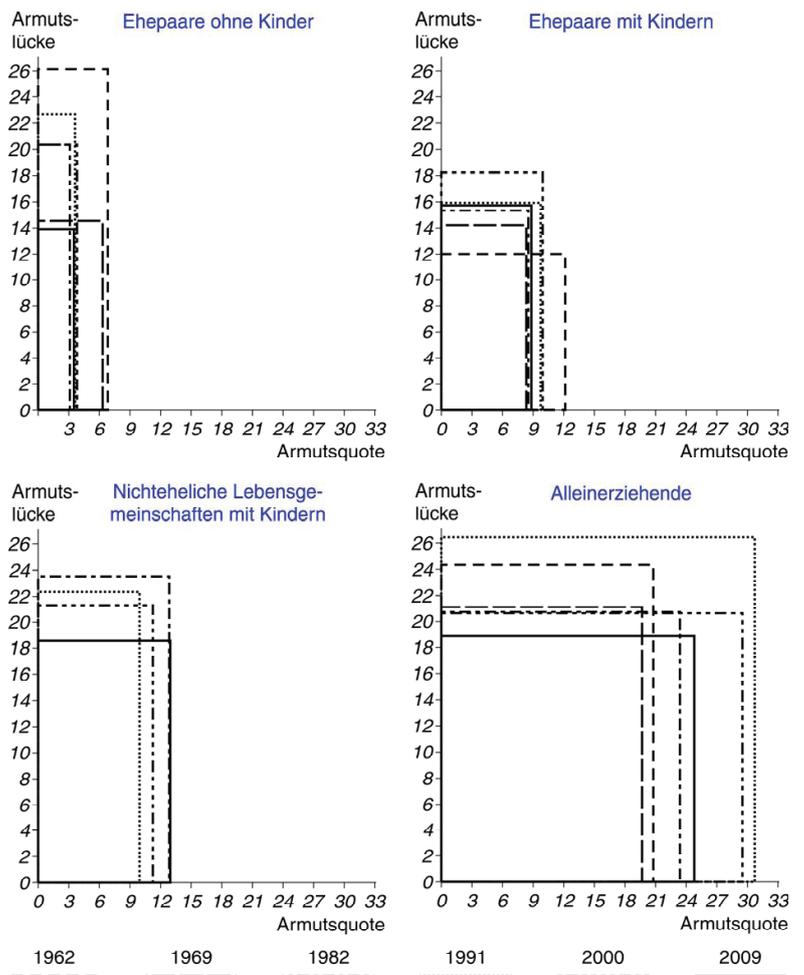
Armutsquoten von Personen in unterschiedlichen Familienhaushalten mit Kindern unter 18 Jahren (in Prozent), Westdeutschland, 1962 bis 2009



Quelle: Mikrozensus der Jahre 1962 bis 1969, 1973, 1976, 1978, 1980, 1982, 1985, 1987, 1989, 1991, 1993 und 1995 bis 2009, eigene Berechnungen. Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz.

Abbildung 2:

Armutsboxen von Personen in Haushalten ohne Kinder unter 18 Jahren und unterschiedlichen Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren (in Prozent), Westdeutschland, 1962-2009



Quelle: Mikrozensus der Jahre 1962, 1969, 1982, 1991, 2000 und 2009, eigene Berechnungen. Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz.

## 5. DISKUSSION

fehlt, um ihre Armutslage zu überwinden. Wir stellen die Entwicklung der Armutsquote und -lücke dabei in Zehnjahresabständen kombiniert in einer Armutsbox dar. Eine Armutsbox weist das Produkt der beiden Kennziffern als Fläche aus, wobei deren Breite durch die Armutsquote und deren Höhe durch die durchschnittliche Armutslücke bestimmt wird (Osberg/Xu 2008).

Bestimmt man zunächst die Armutsbox für Familien Ende der 2000er Jahre und wählt kinderlose Ehepaare<sup>4</sup> als Referenzkategorie, zeigt sich, dass diese mit einer Armutsquote von drei Prozent eine außerordentlich schmale Armutsbox aufweisen (Abb. 2). Sie ist unter den Alleinerziehenden achtmal, den NEL mehr als viermal und den Ehepaaren mit Kindern dreimal breiter. Auch bei der Höhe der Armutsbox sind kinderlose Paare erwartungsgemäß besser gestellt als alle anderen Familienformen. Mit einer Armutslücke von 14 Prozent ist ihr Einkommensbedarf zur Überwindung der Armutslage deutlich geringer als etwa der von Alleinerziehenden und NEL mit 19 Prozent oder der von Ehepaaren mit Kindern mit 16 Prozent.

Betrachtet man den Armutstrend seit Anfang der 1960er Jahre anhand der Armutsbox, wird die unterschiedliche Entwicklung des Umfangs und der Tiefe familialer Armut deutlich. 1962 sind Ehepaare mit Kindern zwar zunächst doppelt so häufig jedoch nur halb so stark von Armut betroffen wie kinderlose Ehepaare. Über die Zeit verringert sich das Ausmaß deutlich, während die Intensität ihrer Armutsbetroffenheit zunimmt. Ansonsten bleibt die Größe der Armutsbox mit geringen Veränderungen bis in die 2000er Jahre stabil. Die Armutsbox der Alleinerziehenden ist Anfang der 1960er Jahre doppelt so hoch und mehr als anderthalb mal so breit wie die der Ehepaare mit Kindern. Sie wird zwar schon in den 1960er Jahren etwas kleiner, legt aber in den 1980er Jahren in der Breite sowie seit den beginnenden 1990er Jahren auch in der Höhe zu. Nach dem Jahr 2000 verbessert sich die Einkommenslage der Alleinerziehenden sowohl im Umfang als auch in der Tiefe. NEL mit Kindern sind Mitte der 1980er Jahre nicht nur anderthalb mal so häufig, sondern auch anderthalb mal so stark von Armut betroffen wie Ehepaare mit Kindern. Seit den beginnenden 1990er Jahren sinkt deren Armutintensität jedoch kontinuierlich.

Auf Basis von Mikrozensusdaten zeigen wir, dass die Armutsbetroffenheit von Familien trotz einiger Schwankungen seit den 1970er Jahren insgesamt zugenommen hat und dies stärker als diejenige des Bevölkerungsdurchschnitts. Zwar lässt sich seit Ende der 1990er Jahre ein Rückgang der familialen Armutsquoten feststellen, der jedoch seit dem Jahr 2006 wieder in den Trend eines kontinuierlichen Anstiegs umschlägt. Von diesem neuerlichen Armutsanstieg sind in erster Linie Alleinerziehende und NEL mit Kindern betroffen.

Unsere Ergebnisse verweisen darauf, dass die Armut von Familien und hierunter vor allem die von Alleinerziehenden nach wirtschaftlichen Abschwüngen stärker ansteigt als die Armut der Gesamtbevölkerung. Die ökonomische Situation von Familien sollte durch Rezessionen, Phasen von Arbeitslosigkeit und atypische Beschäftigung deshalb besonders belastet sein, da Familien eine höhere Anzahl an zu versorgenden Personen aufweisen und angesichts nicht ausreichender institutioneller Kinderbetreuung auch seltener auf ein zweites, ausgleichendes Einkommen zurückgreifen können als kinderlose Haushalte. Die zwischenzeitliche Verringerung der familialen Armutshäufigkeit und -tiefe haben wir in unseren Ausführungen auf wirtschaftliche Aufschwünge und sozialpolitische Änderungen, wie etwa Kindergelderhöhungen, zurückgeführt. Die Zeitreihen legen solche ersten Interpretationen nahe, was auch das Ziel des Beitrags war. Ob die erwarteten Zusammenhänge tatsächlich vorliegen, muss jedoch erst noch in einem multivariaten Kontext geprüft werden.

Die dargestellte Entwicklung verdeutlicht zudem, dass sozialpolitische Änderungen einer Ausbreitung familialer Armut nicht entgegenwirken konnten. Die Folgen der Anbindung sozialer Sicherheit an die Erwerbstätigkeit zumeist nur eines Elternteils, ein nicht ausreichender Umfang an institutioneller Kinderbetreuung und die Unentgeltlichkeit von Hausarbeit und Kindererziehung scheinen sich unmittelbar im Armutstrend von Familien niederschlagen. Das höhere Armutsrisiko von NEL gegenüber Ehepaaren mit Kindern kann zusätzlich als Ergebnis der ausschließlich an die Ehe geknüpften Privilegien der Steuer- und Sozialpolitik betrachtet werden. Dies verdeutlicht, dass nicht unmittelbar das Vorhandensein von Kindern das Armutsrisiko erhöht, sondern lediglich die Kombination mit anderen familienbezogenen Ereignissen in bestimmten Haushaltskonstellationen im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir haben uns in unserem Beitrag auf einen Vergleich verschiedener Familienformen konzentriert und

<sup>4</sup> Verheiratete Personen, die ohne Kinder unter 18 Jahren in einem gemeinsamen Haushalt leben.

konnten zeigen, dass die von der ‚Normalfamilie‘ abweichenden Familientypen im Zeitverlauf nicht nur häufiger und stärker von Armut betroffen sind, sondern ihre Armut auch am steilsten anstieg. Dies trifft vor allem für Alleinerziehende zu, deren Abstand zur Armutsbetroffenheit der Gesamtbevölkerung sich im Zeitverlauf keineswegs verringert hat. Von daher wäre eine familienbezogene Sozialpolitik so umzugestalten, dass sie den vielfältigen Erscheinungsformen von Familie soziale Sicherheit bieten kann und eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit beider Elternteile nach der Geburt von Kindern unterstützt. Dies bedeutet unter Umständen auch eine Abkehr vom Leitbild der Normalfamilie in der Sozialpolitik. Der Wandel von Familienformen sollte daher nicht als sozialpolitisches Risiko aufgefasst werden, sondern als eine neue Chance individueller Lebensgestaltung.

## LITERATUR

- Becker, Irene; Hauser, Richard, 2003: *Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969-1998*. Berlin: Edition Sigma.
- Becker, Irene; Hauser, Richard, 2012: „Kindergrundsicherung, Kindergeld und Kinderzuschlag: Eine vergleichende Analyse aktueller Reformvorschläge“. *WSI-Diskussionspapier* Nr. 180.
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales), 2013: *Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin.
- Buhr, Petra; Huinink, Johannes, 2011: „Armut im Kontext von Partnerschaft und Familie. In Reproduktion von Ungleichheit durch Arbeit und Familie“, in: Peter A. Berger, Karsten Hank, Angelika Tölke (Hg.), *Reproduktion von Ungleichheit durch Arbeit und Familie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 201-233.
- Gerhardt, Anke; Habenicht, Karin; Munz, Eva, 2009: „Analysen zur Einkommensarmut mit Datenquellen der amtlichen Statistik“, *Statistische Analysen und Studien NRW* 58: 3-30.
- Heyne, Stefanie, 2012: „Arm durch Arbeitslosigkeit? Einkommensverluste und Armut im Kontext der Hartz-Reformen“, *Zeitschrift für Soziologie* 41: 418-434.
- Kohler, Ulrich; Ehlert, Martin; Grell, Britta; Heisig Jan P.; Radenacker, Anke; Wörz, Markus, 2012: „Verarmungsrisiken nach kritischen Lebensereignissen in Deutschland und den USA“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 64: 223-245.
- Leitner, Sigrid, 2003: „Varieties of familialism: The caring function of the family in comparative perspective“, *European Societies* 5: 353-375.
- Lengerer, Andrea; Schroedter, Julia H.; Boehle, Mara; Hubert, Tobias; Wolf, Christof, 2012: „The GESIS Microcensus-Trendfile. A New Database for the Study of Social Change“, *Schmollers Jahrbuch* 132: 419-432.
- Osberg, Lars; Xu, Kuan, 2008: „How should we measure poverty in a changing world?“, *Review of Development Economics* 12: 419-441.
- Stauder, Johannes; Hüning, Wolfgang, 2004: „Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus“, *Statistische Analysen und Studien NRW* 13: 9-31.